

Sattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeulles-, Ledergalanterie- und Reffeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Lehrlinge usw.

Publikationsorgan der Berufsrankenfassen

Inferatorkost. d. 4 gespal. Nonp. Zeile 100 M. f. Stellenangeb., 150 M. f. Sachwertangeb.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b^{III}

Telefonnummer: Amt Vorortplatz Nr. 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 60 M. pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

Kurzarbeit und Erwerbslosenfürsorge.

Die Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind zurzeit nicht günstig. Die politischen Ereignisse im Ruhrgebiet mit ihren wirtschaftlichen Auswirkungen und andere in diesem Zusammenhang nicht zu erörternde Faktoren üben eine schwere Depression aus. Auch die in unserer Organisation vertretenen Berufe haben schon teilweise mit Entlassungen und Kurzarbeit zu rechnen. Aus diesem Grunde scheint es angebracht, auf ein Abänderungsgesetz über die Erwerbslosenfürsorge vom 20. Februar 1923 hinzuweisen, das für Kurzarbeiter beachtenswert erscheint. Solange die Erwerbslosenfürsorge besteht, solange waren auch die Kurzarbeiter darin veranlagt.

Eine wichtige Verbesserung ist jetzt dadurch eingetreten, daß das neue Gesetz bestimmt, daß der Kurzarbeiter, wenn er mit 50 Proz. seines Kurzarbeiterverdienstes das 1 1/2 fache der Erwerbslosenenunterstützung nicht erreicht, die Differenz von der Erwerbslosenenunterstützung als Zuschuß gezahlt erhält. Bisher war maßgebend nur der einfache Unterstüßungsbetrag. Dazu einige Beispiele:

Ein Kurzarbeiter (mit Frau und Kindern) verdient bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 24 Stunden 38 000 M. 50 Proz. kommen in Anrechnung, also 19 000 M. Die Erwerbslosenenunterstützung beträgt in Ortsklasse A für Mann, Frau und zwei Kinder 20 400 M., das Halbfache dazu 10 200 M., gleich 30 600 M. Diese Differenz zwischen 19 000 M. und 30 600 M., also 12 600 M., erhält der Kurzarbeiter als Zuschuß von der Erwerbslosenenunterstützung.

Ein anderer Fall: Ein lediger Kurzarbeiter verdient bei 20stündiger Arbeitszeit 25 000 M. pro Woche. 50 Proz. in Anrechnung gebracht, macht 12 500 M. Das 1 1/2 fache der Erwerbslosenenunterstützung würde 13 500 M. betragen. Erhält er demnach einen Zuschuß von 1000 M.

Ein letztes Beispiel: Ein verheirateter Kurzarbeiter mit vier Kindern verdient bei 30stündiger Arbeitszeit 40 000 M. pro Woche. In Anrechnung werden gebracht 50 Proz. gleich 20 000 M. Das 1 1/2 fache der Erwerbslosenenunterstützung würde für ihn und seine Kinder 41 400 M. in Ortsklasse A betragen. Er würde also einen Differenzbetrag von 21 400 M. als Zuschuß von der Erwerbslosenenunterstützung erhalten.

Die Höhe des Zuschusses richtet sich also nach dem Verdienst und nach dem Familienstand des Kurzarbeiters. Der Verdienst und der Zuschuß darf den bei voller Arbeitszeit erzielten Betrag nicht überschreiten. Im Gegensatz zur Kollaborationsfähigkeit wird die Frage der Bedürftigkeit nicht geprüft.

Der geschäftliche Gang ist folgender: Der Arbeitgeber oder der mit der Führung der Lohnbücher Betraute hat die Formulare und Listen von der zuständigen Instanz dem Arbeitsamt, der Gemeindebehörde, in Berlin von der Zentrale der Erwerbslosenfürsorge, Neue Friedländerstr. 65, zu beschaffen, die Listen auszufüllen, der Fürsorge zurückzugeben und auf Anweisung den errechneten Differenzbetrag auszuliefern. Der Arbeitgeber erhält den ausgelegten Betrag umgehend zurückerstattet. Rückwirkende Zahlung erfolgt höchstens auf die Zeit von vier Wochen.

Die Kurzarbeiter müssen ihre Unternehmer auf diese für sie so wichtige Frage aufmerksam machen und dieselben darauf hinweisen, daß sie bei Unterlassung der Meldung von der Fürsorge oder der Behörde in Strafe genommen werden und daß außerdem die Arbeiter Anspruch auf Schadenersatz vor dem Gewerbegericht erheben können.

Die Arbeiterchaft, insbesondere unsere Kollegenchaft, muß durch ihre Vertretung in den Betrieben

Sorge tragen, daß von diesem Gesetz mehr als bisher Gebrauch gemacht wird. Wenn auch die finanzielle Auswirkung für den ledigen Arbeiter sehr gering ist oder zum großen Teil gar nicht in Erscheinung tritt, so ist es für den verheirateten Arbeiter, besonders den mit Kindern, desto wesentlicher.

Wichtig erscheint noch, das veränderte Gesetz zu benutzen, um die Demobilisationsverordnung über Einstellung und Entlassung vom 12. Februar 1920 in ihrem gedachten Sinne mehr zur Geltung zu bringen. Bisher wurde die Verordnung: Streckung der Arbeitszeit, benützt, um Entlassungen vorzubereiten, während die Möglichkeit besteht, bei einigermaßen gutem Willen der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch die Arbeitszeit unter 24 Stunden herabzusetzen und durch den Zuschuß der Erwerbslosenfürsorge die Arbeiter im Betriebe zu halten.

Das neue Gesetz ist mit dem 19. Februar 1923 in Kraft getreten und im „Reichsgesetzblatt“ Nr. 18 vom 5. März veröffentlicht. **W i l h e l m O s t e n.**

Stimmen zum Verbandstag.

Unser Kollege Böhnert wirft in Nr. 9 dieser Zeitung die Frage auf, ob eine Verschiebung unseres Verbandstages nicht von größerem Nutzen für unsere Organisation ist. Von 7 Millionen Mark werden nicht mehr viel übrig bleiben, wenn der Verbandstag noch in diesem Monat tagen würde. Was im Monat Juni ist, kann keiner sagen. Verschieben wir unseren Verbandstag auf nächstes Frühjahr, vielleicht reicht dann unser Gesamtvermögen gerade noch aus, um die Kosten desselben bestreiten zu können. Auch ein Zeichen der Zeit. Welche Aufgaben hat der Verbandstag zu lösen? Die Beitragsfrage wie die Statutenänderungen, welche auf vergangenen Verbandstagen einen breiten Raum eingenommen haben, sind meines Erachtens nicht das Wichtigste. Die Beiträge werden in den nächsten Jahren kaum eine andere Regelung erfahren können, als wie sie heute schon geregelt sind. Mit den Löhnen müssen diese steigen oder fallen. Der Kernpunkt des Verbandstages ist für mich die Stellungnahme zum Industriefriederband.

Trotzdem sich vor drei Jahren zwei Verbändchen zusammengeschlossen haben, sind wir immer noch ein Verbändchen geblieben. Vor vier Jahren standen bereits die Tapezierer vor der Frage: Mit wem wollen wir uns verschmelzen, Holzarbeiter oder Sattler? Unsere Führer, mit Ausnahme des Kollegen Galsch-Frankfurt, rieten zum Sattlerverband. Spaltenlange Artikel fand man im „Korrespondenzblatt“. Der eine hatte bereits die Berührungspunkte mit den Sattlern gefunden. Ein anderer glaubte, wir müßten es den bayerischen Tapezierer- und Sattlerinnungsmeistern nachmachen, die sich seinerzeit auf ihrem Bundestag zusammengeschlossen hatten. Ein dritter hatte das „Korrespondenzblatt“ so sehr in sein Herz eingeschlossen, daß er sich davon nicht mehr trennen konnte. So fand die Urabstimmung statt, zu einer Zeit, wo unser Verband wie die gesamte Arbeiterorganisation in die Breite ging, das heißt an neuen Mitgliedern gewann, welche von der Arbeiterbewegung noch wenig Ahnung hatten. Die Urabstimmung ergab eine 700-Stimmen-Mehrheit für den Anschluß an den Sattlerverband. Solange nicht das Gegenteil bewiesen werden kann, behaupte ich, daß diese 700 Stimmen in den Reihen der damals noch ungeschulten, neu hinzugewonnenen Mitglieder zu suchen sind.

Heute, nach vier Jahren, sprechen so viel Gründe zur Schaffung der Industriefriederverbände, daß wir um diese gar nicht mehr herumkommen. In der Lohn-

frage haben die kleinen Verbändchen längst bewußt oder unbewußt ihre Selbständigkeit aufgegeben. Die Tapeziererlöhne richten sich nach den Löhnen der Holzarbeiter. Dort, wo man heute noch selbständig abschließt, reichen in vielen Fällen die Löhne nicht einmal an die Holzarbeiter heran. In vielen Fällen muß der Tapezierer erst über 25 Jahre alt sein, wenn nicht besonders befähigt, bevor er das bekommt, was einem 22 Jahre alten Holzarbeiter tariflich zusteht.

Hier im Industriegebiet haben im vergangenen Jahre mehrere Konferenzen stattgefunden, welche sich insbesondere mit der Lohnfrage befaßten. In der ersten Konferenz gab man die Parole aus: „Los vom Holzarbeitervertrag.“ Damals hatte ich schon auf die Industriefriederverbände hingewiesen. Es hat sich gezeigt, daß die Parole gar nicht durchzuführen war. Wir sind zwar los vom Holzarbeitervertrag gekommen, aber nicht nach oben, sondern nach unten. In anderen Konferenzen stimmte man den Bezirksabschlüssen zu. Dazu trägt man sich im Gau Rheinland und Westfalen mit dem Gedanken, neben den Gauleitern noch Bezirksleiter anzustellen. Die Düsseldorf Kollegen haben ausgerechnet, daß 600 Mitglieder einen Beamten ernähren können. Wäre es nicht besser, wir verzichten auf Neuanstellung von Beamten und erklären unseren Uebertritt zu einem großen Verband, von welchem wir jetzt schon in der Lohnfrage abhängig sind? Hier in dieser großen Organisation müssen wir unsere Ansprüche geltend machen und können uns auch genügend gewerkschaftlich betätigen. Wir haben soviel gewerkschaftlich gut geschulte Kräfte in unseren Reihen, welche sich in großen Gewerkschaften viel mehr auswirken können zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung. Nehmen die kleinen Verbände die Industriefriederverbände ab, so ist diese Handlung konservativ und zieht eine Kräfteverschwendung nach sich. Wir haben noch viel größere Aufgaben zu erledigen, als nur Lohnbewegungen zu führen. Das Rad der Wirtschaftsbewegung geht vorwärts und kann nicht zurückgedreht werden.

Würde auf dem Verbandstag die gesunde Meinung, sich mit größeren Verbänden zusammenzuschließen, zum Durchbruch kommen, dann wären die anderen Punkte erledigt. Aus diesem Grunde halte ich auch die Kostenanstrengungen eines Verbandstages für überflüssig. Eine Urabstimmung über den Punkt Industriefriederband würde alles erledigen können. Und zwar halte ich für richtig, die Urabstimmung getrennt stattfinden zu lassen. Die Kollegen, die aus dem Sattlerverband hervorgegangen sind, stimmen für sich ab, ebenso die Tapeziererkollegen. Erstere müssen sich dem Lederverband anschließen und letztere dem Holzarbeiterverband. Wir Tapezierer sind nur zufällig zum Sattlerverband gekommen. Eine nochmalige Abstimmung wird ein ganz anderes Bild ergeben. Ich glaube mit dieser Anregung diesen Tapeziererkollegen, welche die Berührungspunkte mit den Sattlern seit drei Jahren suchten, ohne sie gefunden zu haben, aus dem Herzen zu sprechen.

F r i e d r i c h O p f e r m a n n, H a g e n i. W.

Mit großer Begeisterung tritt Kollege Galm in Nr. 11 der Verbandszeitung für die Abhaltung des diesjährigen Verbandstages ein. Er ist von der Notwendigkeit desselben voll und ganz überzeugt. Aber vollständig falsch ist es von ihm, das Materielle gänzlich in den Hintergrund zu drängen. Auf der einen Seite opfern wir fast unser ganzes Verbandsvermögen dafür. Unendlich leistungsfähig würde das in normalen Zeiten sein, geschweige denn in dieser hochgeschwängerten Krise, in der wir uns befinden. Ris-

mand weiß, was die nächsten Tage bringen. Auf der anderen Seite: Welche Vorteile stehen uns zur Verfügung? Die Beitrags- und Unterstützungsfrage kann nicht gelöst werden. Dieses gibt auch Kollege Galm zu. Die Stellungnahme zum Industrieverband wagt die Tagung wohl beherrschten, des längeren darauf einzugehen, fehlt der Raum. Bevor wir aber derartiges unternehmen, muß man doch von der Zweckmäßigkeit überzeugt sein. Sonst Hände weg! Nach meiner Überzeugung ist der Boden noch lange nicht reif für einen Industrieverband, wie derselbe gedacht sein sollte.

Kollege Blum hat vollständig recht, wenn er sagt, „daß das nur ein Aufstellen ist“, — aber nicht für alle; denn den Rest gibt man gänzlich preis. Wir geben unsere Selbständigkeit auf und der Vorteil ist gleich Null.

Tatsache ist, daß unser Statut geändert werden muß. Sollte das sich aber nicht auf eine andere Art regeln lassen? Ferner gibt Galm zu, daß die wirtschaftliche Lage in unserem Berufe sich noch wesentlich verschlechtern kann. Das sollte um so mehr ein Grund sein, den Verbandstag nicht abzuhalten. Ueberhaupt kurz gefaßt, spricht der Artikel, kritisch gelesen, sich gegen die Abhaltung des Verbandstages aus. Um den Massen Rechnung zu tragen, verschiebt man den Verbandstag auf mindestens nächstes Jahr, vielleicht sieht man dann etwas klarer.

Und die Einwände, Vorstand usw. müssen neu gewählt werden, das schadet doch nichts, wenn dieselben bis zum nächsten Verbandstage die Geschäfte weiter führen. Oder hat man schon andere Kollegen als Anwärter für diese Posten? — Also, die Sache ruhig und kühl überlegen, ohne Leidenschaft, Kollege Galm und man kommt zu dem Schluß, daß wir uns den Luxus der vielen Millionen wegen nicht leisten können. Füllen wir unsere Kassen und sehen wir den wirtschaftlichen Kämpfen, die dieses Jahr kommen werden, gelöst ins Auge.

Das ist der beste Prüffstein für die Elastizität unserer Organisation! W. H. Krause, Steilm.

Auch ich möchte meine Meinung zum Verbandstag sagen, mir gefällt die ganze Vorbereitung nicht. Die Redaktion ist der Ansicht, daß es besser wäre, der Verbandstag würde verschoben.

Der Hauptvorstand als oberste Leitung der Organisation hat dafür zu sorgen, daß alles, was in der Organisation geschieht, zum Nutzen der Organisation ausfällt. Er hat dafür zu sorgen, daß Gelder, welche ausgegeben werden, auch wirklich zweckdienlich verwendet werden. Waren Hauptvorstand und Ausschuss etwa schon vorher der Meinung, die Verschiebung des Verbandstages liege im Interesse der Organisation, dann war es seine Pflicht, den Mitgliedern das gleich zu sagen und nicht die Sache einzuleiten, dann zu warten, bis jemand kommt und die Frage anschnellet. Nun erst wird die Frage ventiliert, ob der Verbandstag überhaupt stattfinden soll.

Gewiß, der Hauptvorstand hat nach dem Statut seine Pflicht getan, doch ich glaube bestimmt, hätte man auf dem Verbandstag in Halle die Verhältnisse von heute vorausgesehen, wäre der Verbandstag nicht für das Jahr 1923 festgesetzt worden. Die Gestaltung der Verhältnisse von heute war damals nicht vorauszusehen, daher mußte der Hauptvorstand unbedingt alle Momente, wie sie heute liegen, in Rechnung ziehen und danach handeln. Von verschiedenen Seiten wäre ihm ein Vorwurf gemacht worden, das ist sicher, hätte der Hauptvorstand den Verbandstag nicht einberufen. Aber die Gewissheit habe ich auch, daß der größte Teil der Kollegenschaft die Verhältnisse gewürdigt und dem Hauptvorstand Dank für sein Tun gezollt hätte.

Noch ein paar Worte zur Sache selbst. Kollege Döhner führt als Hauptgrund die Kosten an, die der Verbandstag verursacht. Dem kann ich nicht zustimmen. Diese Frage ist nicht die Hauptsache, die für die Verschiebung des Verbandstages spricht. Auch wenn der Verbandstag im Herbst oder nächstes Jahr abgehalten wird, verursacht er uns immer den Verhältnissen entsprechend Kosten. Diese Kosten müssen wir aufbringen, darüber sind wir uns alle einig. Die Verbandstage sind nun einmal unbedingt erforderlich, so müssen wir auch die Gelder dafür aufbringen. Die Hauptfrage ist nun, wird das Geld dafür richtig angewandt, wird der Verbandstag zu der Zeit abgehalten, wo die Erwartungen, welche an den Verbandstag geknüpft werden, auch voll und ganz erfüllt werden können? Diese Frage muß ich in diesem Falle verneinen. Schon die Tagesordnung ist nicht sehr großzügig. Sie wird jedenfalls von der Kollegenschaft erweitert durch entsprechende Anträge.

Der Ort der Tagung selbst kann nicht ausschlaggebend für die Abhaltung sein, er kann beliebig und zweckmäßig gewählt werden. Hauptfrage ist es jedenfalls, ob wirklich alles getan und erschöpft werden kann in dieser Zeit zum Nutzen der Organisation. Der Verbandstag soll doch nicht nur eine Tagung der

Kritik sein, sondern dort sollen die neuen Waffen für die Zukunft geschmiedet werden. Das Leben des Verbandes für die Zukunft soll festgelegt, die Richtlinien sollen aufgestellt werden für das weitere Gedeihen der Organisation. Hierzu scheint mir aber gerade die jetzige Zeit die aller ungünstigste zu sein. Stehen wir nicht alle vor einer schwarzen Wand? Ist einer von uns in der Lage, sagen zu können, in einem Monat liegen die Verhältnisse so oder so? Und weil dem so ist, kann der Hauptzweck des Verbandstages nicht erfüllt werden. Es ist also unbedingt erforderlich, daß wir abwarten, bis sich die politischen Verhältnisse etwas geklärt haben und wir wenigstens einigermaßen klar in die Zukunft sehen können.

Im Westen, hier unter der Bezeichnung, haben wir das größte Interesse an einer gut fundierten und schlaakertigen Organisation. Es ist sehr wohl möglich, daß wir hier im besetzten Gebiet uns demnächst ganz anders einstellen müssen als die Kollegen im übrigen Deutschland. Wir haben hier ein gewaltiges Unternehmertum und daneben den mächtigen Militarismus, mit dem wir rechnen müssen. Um da den richtigen Weg zu geben, dazu brauchen wir die Unterstützung der gesamten Kollegenschaft und den Verbandstag. Aber auch dieser Frage können wir erst dann näher treten, wenn die politische Lage sich etwas geklärt hat.

Dann, Kollegen, ist es Zeit, den Verbandstag abzuhalten, dann wird auch seine Arbeit eine fruchtbringende sein für die Organisation und für uns alle. C. Schäfer, Köln.

Die Zuschriften zum Verbandstag häufen sich derart, daß wir sie nicht vollständig abdrucken können, dazu ist der Raum zu knapp; wir haben das wesentliche zusammengestellt. Die Redaktion.

Wernigerode montiert, daß der Vorstand und Ausschuss nicht frühzeitiger Stellung zum Verbandstag genommen habe. Ferner, daß die Wahlkreis-einteilung nur den Kandidaten der größten Filialen Aussicht eröffnet, gewählt zu werden und die Interessen der Kleinstädter nicht gewahrt werden. Der Artikel Döhner in Nr. 9 sowie der in Nr. 10 fand Zustimmung. Bei der heutigen Sachlage könnten der Kommission die Delegierten nicht einmal persönlich über den Verbandstag Bericht in allen Filialen erstatten. Beitragsleistung und Unterstützung würden heute auch ohne Verbandstag geregelt. Die Frage des Industrieverbandes sei völlig ungeklärt und könne verschoben werden. Die Neuwahlen könnten ebenfalls noch vertagt werden, deshalb liegt keine zwingende Notwendigkeit vor, den Verbandstag jetzt abzuhalten.

Bamberg. Die Versammlung vom 3. März beschloß: Die enormen Ausgaben, die kritische politische Lage und die Tagesordnung, die als besonders wichtig nicht gelten kann, erfordert Verschiebung des Verbandstages.

Eibersfeld. Eine gutbesuchte Sitzung der Vertrauensmänner erklärte sich einstimmig für eine Verschiebung des Verbandstages. Zu den bereits angeführten Gründen kommt hinzu, daß die Mitglieder im besetzten Gebiet nicht einmal Stellung zum Verbandstag nehmen können. Zwecks Bezirkseinteilung des Rheinlandes kann Vorstand und Beirat das nötige veranlassen.

Meerane. Die Mitglieder sind für Vertagung des Verbandstages.

Düsseldorf ist für Verschiebung des Verbandstages.

Wiesbaden ist für Verschiebung, weil die Mitglieder im besetzten Gebiet an der Abhaltung von Versammlungen verhindert sind und die Verbindung der in Frage kommenden Orte beengt ist.

Erfurt beantragt, falls der Verbandstag verschoben wird, daß der Hauptvorstand in Verbindung mit Verbandsauschuss und Beirat den Paragraphen, betreffs Beitragszahlung bei Erwerbslosigkeit, streicht.

Essen. Die Versammlung vom 11. März erklärte sich für Verschiebung des Verbandstages aus den bereits mehrfach angeführten Gründen.

Walter Schilling, Mülhausen i. L., wünscht, der Verbandsvorstand hätte sich darüber geäußert, ob es sich lohnt, den Verbandstag abzuhalten. Derselbe braucht nicht gerade in Offenbach zu tagen. Die Vorarbeiten können gemacht werden, um, wenn nötig, den Verbandstag abzuhalten. Er macht den Vorschlag, jeder Wahlkreis bringe die Kosten für den Delegierten selbst auf. Auf 1000 Mitglieder kommt ein Delegierter, rechnen wir noch mit Preissteigerungen und 5 Tagen Dauer der Tagung, pro Tag 50 000 Mark, macht 250 000 Mark, so daß jedes Mitglied 250 Mark tragen müßte. Dieser Betrag wäre mittelst einer Extramarkte einzuziehen, die im Mai ausgegeben als Extrabeitrag gestellt werden muß. Bis 1. Juni müssen diese Gelder der Hauptkasse zugeführt sein, damit diese alles prompt erledigen kann. Wer schlägt

sich aus, wenn wir auf diese Weise nachbringend arbeiten können.

Börlig. Die Versammlung vom 9. März erklärte sich für eine Vertagung des Verbandstages auf eine gelegeneren Zeit, weil die unausbleibliche Wirtschaftskrise erfordert, die Mittel der Hauptkasse bereitzuhalten.

Königsberg i. Pr. Die am 8. März tagende Versammlung war der Ansicht, der Verbandstag soll auf 1 Jahr zurückgestellt werden.

Hildesheim. Verschiebung auf spätere Zeit. Bremen. In der Versammlung am 14. März wurde beschlossen: Der Verbandstag ist um ein Jahr zu verschieben. J. A. Oberburg.

Für Abhaltung des Verbandstages erklärte sich Braunschweig, als Kandidat wurde Kollege Hein aufgestellt.

Kemscheid fordert, daß der Verbandstag elektrifiziert wird, da eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage auch im nächsten Jahre nicht zu erwarten ist.

Frankfurt a. M. Eine am 14. März tagende Vertrauensmännerung beschloß einstimmig, an der Abhaltung des Verbandstages festzuhalten. Der Punkt Tarif- und Lohnpolitik ist so wichtig, daß eine Aussprache und Klärung notwendig ist. Die Ausgaben richten sich immer nach dem Stande der Welt. Wie die politischen Verhältnisse später sind, kann niemand voraussagen. Aus diesen Gründen sind die Vertrauensmänner für Abhaltung des Verbandstages.

Die aufmerksame „Mz“ beschäftigt sich in der letzten Zeit in kleinen Notizen mit unserem Verbandstag. Sehr interessiert bespricht sie den Artikel von Kollege Döhner und betont, daß die „Mz“ nicht verfehlen will, auf die interessante Tatsache hinzuweisen, daß wir den Hut haben, 6 Millionen Mark für einen Verbandstag auszugeben bei einem Vermögensbestand von 10 Millionen Mark. Das will Kollege Döhner unseren Vermögensstand nicht wahrhe, ist aus seinem Artikel klar zu erkennen. Ich will aber heute schon, daß diese 6 Millionen Mark nicht ausreichen und daß wir wahrscheinlich die 10 Millionen Mark brauchen werden, und das machen uns die Finanzfragen weniger Kopfschmerzen als andere Dinge, welche mit der Reichlosmachung der Kollegen im besetzten Gebiet zusammenhängen. Vielleicht bemüht sich die „Mz“, dieses Rätsel zu lösen.

Der Stand der Arbeitslosigkeit im Verband der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller im Februar 1923.

Von 251 Verwaltungsstellen mit insgesamt 48 228 Mitgliedern, darunter 11 017 weiblichen, berichtet 159 Verwaltungsstellen mit 31 530 Mitgliedern, darunter 3679 weiblichen. 92 Verwaltungsstellen mit insgesamt 4551 Mitgliedern, darunter 872 weiblichen, haben nicht berichtet.

Von den Orten, die nicht berichtet haben, es sind wie immer mit wenigen Ausnahmen kleine Orte, anzunehmen, daß nichts zu berichten war. Mühen kann angenommen werden, daß die Berichtsgewissen den Stand der Arbeitslosigkeit einigermaßen richtig widerspiegeln.

Am letzten Arbeitstage des Februar-Berichtstages (24.) waren insgesamt arbeitslos 2001 Personen, das unter 453 weibliche, = 4,8 Proz. gegen 4,2 im Dezember 1922.

Berfürt arbeiteten:

1— 8 Stunden in 68 Betrieb.	1098 männl.	248 weibl.
9—16	74	808
17—24	142	2054
25 u. mehr	5	40

Insgesamt in 259 Betrieb. 4000 männl. 1161 weibl. Zusammen 5161 Mitglieder = 19,4 Proz.

Diese Zahlen werden wie immer entscheidend beeinflusst durch Berlin, auf welches bei 7005 Mitgliedern 936 Arbeitslose und 2155 Kurzarbeiter kommen. Weiter sind die Großstädte Breslau, Hamburg, Hannover, Frankfurt a. M., Dresden, Leipzig, etc., und auch Frankfurt a. D. proportional fast betroffen an der Arbeitslosigkeit, während die rheinischen Städte noch immer günstig abschneiden. Alles in allem eine erhebliche Verschlechterung der Berufsfrage zu konstatieren, die sich in der ersten Märzhälfte noch wesentlich verschlechtert hat.

Die Fachzeitschriften berichten bereits, daß die Stillungsaktion der Markt sich dahin auswirkt, daß die Einkäufe der Ausländer aufgehört haben. Wir hören, wird besonders in Berlin in größeren Umfange in der Lederwarenindustrie verfürt gearbeitet.

Marktstützung, Lohnabbau und was dann?

Die Marktstützungsaktion der Regierung ist dadurch möglich geworden, daß nach der Ruhrbesetzung keine Reparationszahlungen geleistet wurden. Die Großhandelspreise sind wohl in letzter Zeit etwas herabgedrückt worden, die Kleinhandelspreise halten sich dagegen immer noch recht stabil. Trotzdem wimmelt es in der Presse von Nachrichten über Lohnabbau, den die Unternehmer zu erzwingen suchen. Mit Recht wehren wir uns dagegen, daß mit der Lohnreduktion eher begonnen wird, bevor noch ein erheblicher Preisabbau, dessen Dauer verbürgt ist, festgelegt werden kann. Daß die Löhne keineswegs den Preisen entsprechen haben, ist allgemein bekannt; sie blieben stets erheblich hinter ihnen zurück. Da muß zunächst verlangt werden, daß ein gewisses Gleichgewicht zwischen Löhnen und Preisen hergestellt wird.

Von größter Bedeutung ist aber die Frage, welche Folgen haben wir in nächster Zeit aus der Ruhrbesetzung zu erwarten? Wie lange kann ein passiver Abwehrkampf geführt werden; an einen aktiven Abwehrkampf kann kein ruhig überlegender Mensch denken. Einmal muß verhandelt werden, im günstigen Falle werden die Reparationsleistungen auf ein Maß zurückgeführt, welches tatsächlich geleistet werden kann. Aber selbst dann muß die Regierung voraussichtlich wieder ausländische Zahlungsmittel auslaufen und die Marktwertung tritt ein von neuem. Dann würde die ganze Stützungsaktion der Markt nur dem Lohnabbau und der Spekulation, richtiger gesagt, der Ausräuberung breiter Volksschichten gebiet haben.

In diesen Rahmen paßt vorzüglich die Rundgebung der deutschen Arbeitgeberverbände, die am 14. März in Berlin im ehemaligen Herrenhause getagt haben. Der Sinn ist kurz folgender: Man dankt den Brüdern an der Ruhr, die den Abwehrkampf mit zäher Energie fähren und gelobt ihnen, sie mit allen Kräften und Mitteln zu unterstützen. Auf Gedeih und Verderb sind alle deutschen Arbeitgeber mit dem Schicksal Rheinland-Westfalens verbunden. Über eine Abtrennung oder wirtschaftliche Abschneidung, über eine Unterwerfung dieses Gebietes unter fremde Gewalt kann es keine Erörterung, kein Verhandeln geben. In treuer Kameradschaft mit den deutschen Arbeitern und Angestellten tritt die Arbeitgebererschaft hinter die kämpfenden Duldbenden.

Zu dieser Rundgebung steht das Verhalten der Metall- und Holzindustriellen gegenüber ihren mit unzureichenden Löhnen abgepeinigten Arbeitern im unbesetzten Deutschland im ärgsten Widerspruch.

Im Anschluß an die Rundgebung bringt die „N. Z.“ eine Notiz, nach welcher die Metallarbeiter in Rassel beschloffen hätten, die bis jetzt für die Ruhrhilfe gesammelten Gelder nicht abzuführen, sondern daraus einen Kampffonds für die Rasselten Metallarbeiter zu bilden. Der Beschluß sei gefaßt worden, nachdem die Metallindustriellen es abgelehnt hatten, am 1. März eine Lohnhöhung einzutreten zu lassen.

So sorgt man praktisch für eine gefestigte Einheitsfront! Mit Worten ist man immer leicht bei der Hand, die Arbeitererschaft glaubt nur an Taten.

Tarifamtsstiftung in der Dreibriemenindustrie.

Die am 10. März in Aussicht genommene Sitzung konnte nicht stattfinden, weil die Arbeitgeberseite verhindert waren, so daß am 17. erst verhandelt werden konnte. Nibel stellte dieses eingangs der Verhandlungen als Verschleppungsstatistik dar, wegen die Unternehmer sich selbstverständlich wahrten. Bei der Lohnfrage erklärten die Unternehmer, daß sie für das unbesetzte Gebiet nichts geben können, nur für das besetzte Gebiet wollen sie eine Ausnahme machen; sie begründeten dies mit dem vollständigen Verlaufe des Geschäfts. Hinzu kam noch, daß Herr Cahen das besetzte Gebiet in drei verschiedene Leuerungsstufen einteilte, wo wir nur zwei anerkennen wollten. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Abends 1/2 9 Uhr fällt der Vorsitzende gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer folgenden Spruch: Die im Nachtrag 7 bestehenden Lohnsätze bleiben für das unbesetzte Gebiet auch für März bestehen mit der Ausnahme, daß sich für Hamburg und Berlin ab 19. März der Spitzenlohn auf 1500 Mk. erhöht.

Für die nachbenannten Städte gelten die Lohnsätze des Nachtrags 7 mit folgenden Stundenzuschlägen ab 4. März:

- I. Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen, Alteness, Gelsenkirchen, Mülheim (Ruhr) und Oberhausen für Arbeiter über 22 Jahre 450 Mk., 20 bis 22 Jahre 150 Mk., 17 bis 20 Jahre 100 Mk.; für Arbeiterinnen über 20 Jahre 150 Mk., 17 bis 20 Jahre 100 Mk.

- II. Köln, Bergisch-Gladbach, Krefeld, Düsseldorf, Remscheid, Solingen und Sülzb. b. Köln: Für Ar-

beiter über 22 Jahre 300 Mk., 20 bis 22 Jahre 100 Mk., 17 bis 20 Jahre 75 Mk.; Arbeiterinnen über 20 Jahre 100 Mk., 17 bis 20 Jahre 75 Mk.

III. Aachen, Düren, Frankfurt a. M., Mainz, Mannheim, Münder-Gladbach, Stollberg, Woch, Brüten, Kreuznach, Mülfart, Offenbach, Biersen, Belbert, Worms, Bregl-Schaag, Eusfäden, Leichlingen, Cuchenheim, Heinsberg und Darmstadt: Für Arbeiter über 22 Jahre 175 Mk., 20 bis 22 Jahre 80 Mk., 17 bis 20 Jahre 60 Mk.; für Arbeiterinnen über 20 Jahre 80 Mk., 17 bis 20 Jahre 60 Mk.

In den unter I, II und III benannten Orten erhalten außerdem noch die Beherateten für die Frau 50 Mk. und für jedes Kind unter 14 Jahren 50 Mk. Zuschlag pro Stunde.

Die hierauf von uns abgegebenen Erklärungen veranlassen den Vorsitzenden, kein Amt niederzulegen, falls nicht am Montag ein Ausgleich erfolgt.

Er will wohl vielen Brot geben, aber nichts dazu!

Bei der Firma Hoyerermann in Schleswig wurden seit Bestand der Verwaltungsstelle (1920) bereits drei Vorsitzende unter Umständen entlassen, die einer Maßregelung gleichkommen. Obwohl nicht alle wieder in Schleswig Arbeit bekamen, sind sie doch nicht verhungert. Herr H. hat seit einiger Zeit eine Fabrik für Reitzzeuge, Sättel- und Sportartikel eingerichtet. Es werden 10 bis 20 Mann beschäftigt und hauptsächlich für Export und Wiederverkäufer gearbeitet. Auf die Aufforderung vom 28. Februar, den Leberwarentarif anzuerkennen, erhielt Gauleiter Dregelius folgende Antwort:

Herrmann Hoyerermann, Schleswig, Regimentssattler a. D. des Husarenregiments Nr. 16.

Schleswig, den 28. Februar 1923.

Mitteilung an die Gauleitung, Hamburg.

Antwortlich Ihres Schreibens teile ich Ihnen mit, daß ich Ihr Schreiben pp. an zuständiger Stelle weitergegeben habe. Es kann mir dann ja einerlei sein, wenn Sie es nicht anders haben wollen, muß ich meine Leute entlassen. Alles wird billiger, kein Mensch kauft und bestellt etwas. Sie sollten mal in die Haut eines Arbeitgebers treten; dann würden Sie wohl anders denken. Uebrigens müssen Sie mit der hiesigen Innung verhandeln. Die ist zuständig, der gehöre ich an. Ich bin Handwerker und bleibe Handwerker, Fabrikant zu werden ist nicht mein Verlangen, ich will gern vielen Leuten Brot geben, aber nicht selber auf Straße sehen, habe ich kein Verlangen. Meine Leute sind sehr zufrieden, haben den Lohn selber festgesetzt, 700 Mk. die Stunde usw. Auch liefere ich nicht nur an Wiederverkäufer, sondern meistens an Privat, fertige die Sachen und verkaufe sie im Laden. Habe keine Hilfsarbeiter pp., keinen Kraftbetrieb, sondern nur Handbetrieb. Nun stelle ich Ihnen frei, was Sie machen wollen, vorläufig laß ich mich auf nichts ein, und es müssen die Stunden gefügt werden, falls keine Aufträge eingehen.

Hochachtungsvoll H. Hoyerermann.

Gleichzeitig ging ein Brief von unserer Verwaltungsstelle ein mit folgender Mitteilung:

„Die Zustände werden hier immer schlimmer und sind nicht mehr zu halten. Löhne werden für Beheratete 700 Mk. und Ledige 500-600 Mk. gezahlt, die schlechtesten am ganzen Ort. Bitte alle Hebel in Bewegung zu setzen und uns zu helfen.“

Einmal unzureichende Löhne, dann die Drohung mit Kurzarbeit und Entlassung, wenn man Tariflohn verlangt oder sich gegen die geringe Bezahlung auflehnt. Schleswig gehört in Dristklasse 2 des Leberwarentarifs. Die Leuerungsverhältnisse sind dort besonders wegen der nahen dänischen Grenze sehr drückend. Der Lohn für Ortstasse 2 ist 1457 Mk. Die Schlichtungsinstanzen werden sich also voraussichtlich noch mit Herrn H. zu beschäftigen haben.

Dregelius.

Soziales.

Kurzarbeiterunterstützung. Durch ein Initiativgesetz des Reichstages vom 14. Februar ist eine wesentliche Verbesserung der Unterstützung für Kurzarbeiter erreicht worden. Während bisher der einjährige Satz der Unterstützung für Erwerbslose Grundlage der Berechnung war, wird vom 19. Februar an das Anderthalbfache dieses Satzes berechnet. § 9 der Verordnung lautet daher künftig:

„Erreichten in einer Kalenderwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Bekräftigung der Arbeit die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht und treten deswegen Lohnkürzungen ein, so erhalten die Arbeitnehmer, sofern 50 vom Hundert des Wochenarbeitsverdienstes das Anderthalbfache des Unterstützungsbetrages der Woche bet

gänglichster Erwerbslosigkeit nicht erreichen, Erwerbslosenunterstützung in Höhe des fehlenden Betrages, jedoch an Arbeitsverdienst und Erwerbslosenunterstützung zusammen nicht mehr als den Betrag des bisherigen Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit.“

Durch diese Aenderung werden künftig die Kurzarbeiter vermehrt in den Genuß der Zulagenunterstützung kommen können. Es sei darauf verwiesen, daß für den Bezug der Kurzarbeiterunterstützung eine Prüfung der besonderen Bedürftigkeit nicht stattfindet und daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, Errechnung und Auszahlung der Unterstützung kostenlos zu besorgen.

Korrespondenzen.

Altenburg. (12. 3.) Versammlung vom 6. März. Auf unsere Forderung einer Lohnzulage erhielten wir eine ablehnende Antwort, weil der Dollar gefallen sei. Beschlossen wurde, abzuwarten, was aus den Forderungen der Tischler wird, um dann erneut Beschluß zu fassen. Zum Verbandstag ist die Kollegenchaft der Meinungen, daß derselbe auf günstigere Zeiten verschoben werden kann. Ausstellung eines Delegierten erfolgt in nächster Versammlung.

Max Wüller.

Bielefeld. (12. 3.) Versammlung vom 18. Februar. Die Unterstützung der projektierten Waldschule wurde einstimmig beschlossen. Hr. Lohmann hielt einen Vortrag über amerikanische Verhältnisse. Von Menschen, die aus allen Erteilen dort zusammenströmten, wurden diese alten Lebensregeln neu geschaffen. Besonders das Alkoholverbot habe Wunder gewirkt. Die Menschen sind freier, gesunder, reichlicher wie bei uns. Jeder 7. Arbeiter hätte ein eigenes Auto, fast alle ein eigenes Haus. Die Trinkerheilstätten sind geschlossen, zwei Drittel der Gefängnisse leer. Dem Arbeiter-Abstinenzbund wurden 5000 Mark überwiesen.

In der Versammlung vom 7. März besprach Ramsch den Tarifstreik der Tapezierer, der sich auf die drei größten Ledermöbelwerkstätten erstreckt. Eine Einigung war bisher nicht zu erzielen. Zur Unterstützung wird ein Extramonatsbeitrag zu erheben beschloffen. Auf die neuen Verbandsbeiträge wird ein Lokalzuschlag von 50 Mk. erhoben. Zum Verbandstag protestiert die Versammlung gegen die Abhaltung desselben. Die verworrene Wirtschaftslage, vor allem die Ruhrbesetzung, rechtfertigen in keiner Weise die hohen Ausgaben, um so mehr nicht, da nahrungsbere Beschäfte kaum gefaßt werden können. Deshalb erscheint es richtiger, den Verbandstag auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben. Auf Antrag Heinke wird der Zentralabstoßel ein Betrag von 10 000 Mk. als erste Rate überwiesen. Die Versammlung war gut besucht, hoffentlich bleibt es so und wird gut zusammengearbeitet. Die Versammlung erklärte sich dagegen, daß Brackweide eine eigene Zahlstelle errichtet.

Baul Heineke.

Bochum. (16. 3.) Versammlung vom 11. März. Da hier abends 7 Uhr Straßen und Lokale geräumt sein müssen, fand unsere Versammlung Sonntagmittag statt. Eine Entschlopfung der Filiale Gelsenkirchen forderte den Abschluß eines Bezirkstarifs, derselben wurde zugestimmt. Als Kandidat zum Verbandstag wird Wihl. Seidel vorgeschlagen. Zum Tarifabschluß ist zu berichten, daß durch Schiedsspruch in der höchsten Stufe 1850 Mk. zu zahlen sind, rückwirkend ab 12. Februar. Näherinnen erhalten zwei Drittel des jeweiligen Lohnes.

J. A.: Karl Wisel.

Dortmund. (12. 3.) Versammlung vom 7. März. Nach einem lehrreichen Vortrag von Dr. Appens über Weltanschauung nahm die Versammlung Stellung zum Verbandstag. Nach sehr eingehender Prüfung kam man zu der Einsicht, daß die augenblickliche Situation nicht für Abhaltung spricht. Schon geht das Gespenst der Arbeitslosigkeit um und wird die Kasse schwer belasten, dennoch war man der Meinung, er solle abgehalten werden. Als Kandidat wurde Borgmann aufgestellt. An die Volkshochschule erinnerte Schmidt und ermunterte zu ihrer heiligen Benutzung. Kassierer Reinert kann demnächst auf eine 24jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Es soll, um ihn zu ehren, eine Feier veranstaltet werden.

Heinrich Ueber.

Düsseldorf. (13. 3.) Versammlung vom 6. März. Anwesend rund 130 Mitglieder. Kollege Schneider sprach über: „Der deutsche Faschismus und seine Gefahren.“ Er schilderte die Faschistenbewegung in Italien und betonte, daß die Leute in Deutschland mit ähnlichen organisierten Mitteln arbeiten wie dort. Mit einem populären Programm sucht man die Massen einzufangen, um sich einen Resonanzboden zu verschaffen. Den einzigen Faktor, welcher gegebenenfalls imstande wäre, die aufgestellten Forderungen in die Tat umzusetzen, unsere Gewerkschaften bekämpft man gleichgültig. Diese Tatsache und die

Erfahrungen in Italien sollten jedem Arbeiter über die wahren Ziele der Nationalsozialisten die Augen öffnen. In der Diskussion wurde betont, daß es nötig sei, die im Vortrag beleuchtete Organisation scharf im Auge zu behalten. Unsere erste Pflicht sei, die Arbeiterorganisationen auszubauen; nur die Arbeiterklasse selbst habe ein wirkliches Interesse an ihrer Besserstellung. Vertrauen zur eigenen Sache, Opfermut und Bildungseifer sind die Grundbedingungen zum weiteren erfolgreichen Fortschritt der Arbeiterklasse. Leonhard erstattete Bericht von der letzten Vertrauensmännerversammlung. Eine Entschließung betreffs Aufstellung des Gaus in Bezirke, wurde einstimmig angenommen. Die nächste Vertrauensmännerversammlung wird zum Verbandstag Stellung nehmen und Anträge beraten. Zur Abhaltung des Verbandstages selbst wird beschlossen: Da die unter den gegenwärtigen Umständen zu erwartenden Resultate den Opfern an Geld nicht entsprechen können, liegt eine Verschlebung des Tagungstermins im allgemeinen Interesse. Als Kandidat zum Verbandstag wird Gehring einstimmig vorgeschlagen. Dann wird mitgeteilt, daß auch unsere Kollegen in steigendem Maße von der durch die Besetzung hervorgerufene Arbeitslosigkeit betroffen werden. Zunächst muß die Reisefertigkeitsbranche die Rhein- und Ruhrhilfe in Anspruch nehmen. Aufklärung hierüber wird laufend auf dem Bureau gegeben.

Osw. Strauß.

Erfurt. (14. 3.) Versammlung vom 9. März. Gouletier Busch schilderte die Lohnverhältnisse in der Hosenragerindustrie. Wenn die Fabrikanten weiter jede Lohnzulage vorwegern, sind wir gezwungen, die Verhältnisse in der Presse genau zu beleuchten und den Schlichtungsausschuß anzurufen. Als Kandidat zum Verbandstag wurde Großke aufgestellt. Dann wurde Stellung zum Verbandstag genommen. Ein Antrag Rißel, daß im Statut der betreffende Paragraph zwecks Beitragszahlung bei Erwerbslosigkeit gestrichen wird, gelangte zur Annahme. Wenn der Verbandstag verschoben wird, sollen Hauptvorstand, Ausschuß und Verbandsbetriebe den besagten Paragraphen befechtigen. G. D. d.

Ruppenheim. (15. 3.) In der Versammlung vom 10. März waren anwesend 221 Kollegen. Kolb schilderte die Lohnverhandlungen, die ein schweres Schicksal Arbeit waren. Von den Arbeitgebern einen Lohn herauszuholen, der einigermaßen der Leistung entspricht, ist unmöglich. Es mußte ein unparteilicher Schlichter hinzugezogen werden. Der Spitzenlohn beträgt in der letzten Woche im Februar 1550 Mark und in den zwei ersten Wochen im März 1600 Mark. Da sich in letzter Zeit die Mark etwas besserte, wurde der Spitzenlohn weniger kritisiert, mehr der große Unterschied zwischen der zweiten und dritten Klasse. Der Leuerung entsprechend gehört Ruppenheim nicht in die dritte Klasse. Auch ist die Berechnung aller Klassen vom Spitzenlohn unrichtig. Die Betriebsratswahl soll wieder im letzten Jahr erfolgen. Jede Abteilung 2 Mann, Sattler 2, Holzlestermacher 2, Gestellmacher und Säger 2 Mann. Diese werden von der Abteilung bestimmt. Bei der Firma Wink wurde in der Woche vom 5. bis 11. März 3 Tage gearbeitet, bei der Firma Schäuble 5 Tage, die darauf folgende Woche 4 und nach dieser 3 Tage. Wie lange noch, wissen wir nicht. Was bedeutet die Gewerkschaft zu tun gegenüber der Regierung. Die Leute im besagten Gebiet dürfen nicht arbeiten unter französischer Herrschaft und wir können nicht mehr arbeiten, weil der Verkehr stockt. Die Ruhrarbeiter werden von der Regierung bezahlt. Wie steht es aber mit uns? Wo finden wir Lebensunterhalt? Johannes Braun wurde als Kandidat zum Verbandstag bestimmt. Wie ermahnte die Kollegen, in dieser schwierigen Zeit fest und treu zum Verband zu halten.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen er- sucht, vor Arbeitsaufnahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die ein- schlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Baderwarenindustrie.

(Angewiesen ist der Lohn der ältesten Facharbeiter- gruppe) in Klasse 1.

Erfurt-Thüringen, Harz. Ab 9./10. März bis 22./23. März 1800 Mt.

Hamburg, Bremen usw. Ab 5. bis 30. März 1820 Mt., 1575 Mt.

Nürnberg-Bayern. Ab 1./2. März bis 22./23. März 1420 Mt.

Firma Stefan, Mählfanten l. Th. Ab 23. Febr. bis 30. März 1549 Mt.

Tapezierergewerbe.

(Lohn der ältesten Facharbeiter.)

Bochum. Ab 12. Februar 1923 1850 Mt.

Düsseldorf. Für 1. und 2. Märzwoche 2100 Mt., Mährinnen 1405 Mt., Hilfsarbeiter 1838 Mt., Ar- beiterinnen 1035 Mt.

Neumünster. Ab März 1923 1424,70 Mt.

Württemberg.

Stuttgart. Ab 8. bis 21. März 1500 Mt., Fach- arbeiterinnen 1125 Mt., weitere Stütze 1440 Mt., Kleinfabrik 1380 Mt., Bandorte 1290 Mt.

Fahrzeugindustrie.

Düsseldorf. Ab 2. bis 16. März 1923 2100 Mt.

In Stuttgart haben die Lederverfabri- kanten durch Nichtzahlung der Löhne des Schieds- spruchs vom 5. März sich eines Tarifstreiks schuldig gemacht. Die Arbeitnehmer klagen die Beträge ein- gehen beim Gewerbegericht ein. Die Arbeiter be- zahlen nach dem Schiedsspruch ohne Schwierigkeit. Eine Konjunktur, wie sie gerade die Stuttgarter seit dem Frühjahr 1920 ununterbrochen hinter sich haben und solches Verhalten gegenüber einer rechtmäßig zusammengefassten, sich selbst geschaffenen Instanz, ist so unerträglich, daß die Wirtschaftslage kein Rechtferti- gungsgrund sein kann. Die Stuttgarter Arbeitgeber befinden sich anscheinend im Schlepplau von Leuten, die vielleicht nicht genug sind, über Leuten hinweg ihr Ziel zu erreichen, aber für Recht und Gerechtigkeit und Glauben in Verträgen sehr wenig übrig haben. Die Arbeiterschaft der Lederverindustrie Stuttgarts wird sich trotz der Drohungen auf weitere Ver- kürzung der Arbeitszeit, falls wir von unserem Recht Gebrauch machen, nicht abhalten lassen, die Wege zu beschreiten, die zu ihrem Recht führen und den Schild rein erhalten, im Gegensatz zur anderen Seite.

Rundschau.

Der Verband der Sattler, Tischner, Kiemer, Peitschmacher und verwandter Berufe der Tschecho- slowakei hält am 31. März und 1. und 2. April seinen außerordentlichen Verbandstag in Prag ab. Auf der Traktandenliste stehen außer den üblichen Geschäften und Wahlen noch folgende Punkte: Organisation und Taktik sowie die soziale Gesetzgebung der Tschecho- slowakischen Republik.

Streikbrecher nach dem Ruhrgebiet? In der letzten Zeit gingen Mitteilungen durch die Blätter, daß polnische, tschechische, serbische und ungarische Bergarbeiter auf dem Wege nach Frankreich seien. Wie der Internationale Gewerkschaftsbund (siehe Amsterdamer) uns mitteilt, vermutete er, daß diese Bergarbeiter möglicherweise für das Ruhrgebiet bestimmt sind und wandte sich an die betr. gewerkschaftlichen Landeszentralen mit der Bitte um Unter- suchung. Am 22. Februar erhielt er von der Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs ein Schreiben, wo- nach 30 von französischen Agenten in Biele (Böhmen) angeworbene Arbeiter in Innsbruck angehalten worden seien. Diese Arbeiter waren angeblich für Zirkus- arbeiten angenommen worden. In der Woche vorher sollen auf der gleichen Straße 9 tschechische Bergarbeiter durchgefahren sein. Da sie einzeln reisten, seien sie der Aufmerksamkeit der dortigen Genossen entgangen.

Nach weiteren Mitteilungen tut die deutschöster- reichische Gewerkschaftskommission, was in ihren Kräften steht, um den Zugang von Streikbrechern nach dem Ruhrgebiet fernzuhalten. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat nunmehr auch an die übrigen gewerkschaftlichen Landeszentralen das Ersuchen ge- richtet, das gleiche zu tun. Wünschenswert wäre es, daß diesem Ersuchen Folge gegeben werde. Es bedarf ohne Zweifel großer Umsicht, da die Streikbrecher- werber jedenfalls keine Eist scheuen werden, um zu ihrem Ziele zu gelangen.

Die Metallarbeiter. Im Verfolg einer Sitzung des Verbandsbeirats bringt der Vorstand des Metall- arbeiterverbandes in der „Metallarbeiterzeitung“ Nr. 7 vom 17. Februar einen Appell an seine Mit- glieder.

Er macht wiederholt auf den Verbandstags- beschluß aufmerksam, der sich auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stellt und das Treiben der Mostauer Schärstiens verurteilt. Gegen Mitglieder, welche trotzdem die Mostauer Be- strebungen unterstützen und eine verbandsschädigende Tätigkeit ausüben, soll mit allen statutarischen Mitteln vorgegangen werden. Es wird weiter gesagt:

„Wilde Streiks haben in den verflochtenen Netzen der Organisation manchen Schaden zugefügt, den Ar- beitern diese Wunden geschnitten und ihre Stellung gegenüber dem Unternehmertum erheblich geschwächt. Wenn Unberufene oder politische Parteien eine Ein- mischung in gewerkschaftliche Kämpfe versuchen, so weist sie entschieden zurück.“

Es ist überaus bezeichnend, daß auch im Deut- schen Metallarbeiterverband, der größten Organisation dieser Erde, die Einsicht Platz gegriffen hat, daß jeder Eingriff Dritter in die Geschäfte der Gewerks- schaften vom Uebel ist.

Bücherchau.

Im Verlag der Vorwärts Buchdruckerei, Berlin, sind folgende Bücher erschienen:

I. Ruzjewa: Der Bolschewismus und die russische Okkupation der Ukraine.

Dr. A. Kuczynski: Lebenshaltung und Löhne, mit Tabellen über Existenzminimum und Ent- kommen. Eine Aufklärungsschrift über die wirtschaft- liche Entwicklung.

Paul Kampffmeyer: Der Faschismus in Deutschland. Eine Darstellung der Gefahren, die der deutschen Republik und der Arbeiterbewegung drohen durch die Geheimbünde der nationalsozialistischen Kreise.

L. H. Den: Der Arbeiter in Sowjetrußland. Die Bilanz kommunistischer Wirtschaftspolitik. Den vierzigsten Todestage von Karl Marx. Eine Gedächtnisnummer, in Kleindruck illustriert, mit Bei- trägen von R. Renner, Ed. Bernstein, R. Kautsky.

Im Verlag des Internationalen Gewerkschafts- bundes Amsterdam:

Der Jugendschutz der Welt. Eine Uebersicht über den Jugendschutz in den verschiedenen Ländern. Auf Grund des durch eine Rundfrage ge- wonnenen Materials bearbeitet.

Frauen- und Kinderarbeit in der Textilindustrie. Zusammengefaßt von Dr. Marion Phillips, Sekretärin des Internationalen Arbeiterinnenbundes.

Im Verlag der Buchhandlung Volkswirtschaft, Magdeburg:

Luise Otto: Erlösung von der Schmach- schaft. Ein Ratgeber für Eheleute.

Dr. Walter Diegel: Wie der Kapitalismus entstand. Eine Sammlung von Vorträgen, gehalten vor den Magdeburger Betriebsräten.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes der Orts- verwaltungen.)

In der Woche vom 25. bis 31. März ist der 13. Wochendeckelung fällig.

Berlin. Am Sonnabend, den 31. März, wird das Bureau um 1 Uhr mittags geschlossen. Am dritten Osterfesttag bleibt es den ganzen Tag geschlossen.

Verammlungskalender.

Dresden. Montag, 26. März, abends 8 Uhr. Allgem. Versammlung. Tagesordnung: Der bevorstehende Verbandstag; Anträge; Aufstellung eines Kandidaten.

Reichenbach l. D. Monatsversammlungen jeden zweiten Mittwoch im Monat im Restaurant „Bar- rischer Hof“. Ab April abends 7 Uhr.

Mieja. Donnerstag, den 29. März, abends 7 Uhr bei Wefer.

Stuttgart. Montag, den 26. März, allgem. Versammlung. Die Sammlungen für Notleidende.

Adressenveränderungen.

Elbing. Bors.: Gustav Kalinat, Außerer We- einburger Damm 20.

Landsberg a. d. W. Bors. Wilhelm Offer, Wul- nenstr. 31.

Stuttgart. Vorsitzender Wilhelm König, Haupt- stätterstr. 68/III.

Bewährter Meister für Metallarbeiten. Kleinleber- waren in absolut dauernde Stellung nach Mitteldeutschland gesucht. Angebote mit genauen Angaben über bisherige Tätigkeit, Ansprüchen unter „M. B. 2412“ an Rudolf Mosse, Erfurt.

Portefeuller bereit auf weiche Arbeit (Couberts, Geldscheintaschen), per sofort gesucht. **Stammbach & Omlin** Stuttgart, Silberburgstraße 150.